Geschrieben von: Lorenz
Freitag, den 18. Dezember 2015 um 17:03 Uhr

Welche Gefahr geht noch von ehemaligen Öl- und Bohrschlammgruben aus?
Niedersachsen: Förderung zur Untersuchung von Altlastenverdachtsflächen vereinbart

Freitag 18. Dezember 2015 - **Hannover/Nienburg (wbn). Das Niedersächsische Umweltministerium und die Bergbauunternehmen – vertreten durch den Wirtschaftsverband Erdöl und Erdgasgewinnung e. V. (WEG) – haben heute eine Vereinbarung zur Förderung von Untersuchungen von Altlastenverdachtsflächen an Standorten ehemaliger Öl- und Bohrschlammgruben geschlossen.**

Allein im Landkreis Nienburg gibt es 43 solcher Stationen – die meisten im Raum Steyerberg/Voigtei und Rodewald. Im Nachbarlandkreis Schaumburg handelt es sich um die Anlagen „Lauenau II“ und „Rodenberg 2“.

Fortsetzung von Seite 1

An den Kosten der Untersuchungen wollen sich die Unternehmen in den nächsten Jahren mit bis zu fünf Millionen Euro beteiligen. Ziel der Untersuchungen ist es festzustellen, ob von den historischen Bohrschlammgruben Umweltbelastungen ausgehen.

„Ich freue mich, dass es zu solch einer konstruktiven Lösung unter Einbeziehung aller Beteiligten gekommen ist. Damit wird eine effiziente und sachgerechte Altlastenbearbeitung vor Ort unterstützt", so Staatssekretärin Almut Kottwitz im Rahmen der Vereinbarungs-Unterzeichnung.

WEG-Hauptgeschäftsführer Dr. Christoph Löwer: „Bereits vor der aktuellen Diskussion und der Unterzeichnung der Vereinbarung wurde konkreten Hinweisen auf mögliche Belastungen an Standorten auch Jahrzehnte nach Beendigung des Betriebes nachgegangen. Im Falle

vorliegender Gefährdungen wurden die Standorte geräumt oder nachhaltig gesichert“. Nun solle auf Basis der Vereinbarung die Thematik systematisch bearbeitet werden.